

**Juni 2010**

# Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



## Daten, Daten, SWIFT – Die Europäische Kommission als Undemokrat



Nachdem im Februar das Interimsabkommen zur Übermittlung europäischer Bankdaten an US-Antiterrorbehörden vom Europaparlament abgelehnt wurde, handelte die Europäische Kommission mit den Vereinigten

Staaten einen neuen Vertrag aus. So wird es trotz aller Bedenken des Parlaments weiter möglich sein größere Datenpakete zu übermitteln und nicht ausgewertete Daten fünf Jahre lang zu speichern. Empörend an dem Vertrag ist die Entscheidungsüberlassung an Europol, die künftig festlegen wird, welche Bankdaten an die USA weitergegeben werden sollen. Fatal, da Europol exekutives Organ ist und damit die Grenze zwischen Datenschutz und Straffahndung verwischt und ad absurdum geführt wird. Statt die Notwendigkeit des Abkommens ernsthaft zu hinterfragen und harte Datenschutz-Banden anzulegen, wird daraus nun ein Selbstbedienungsladen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bleibt auf der Strecke, da zwar Widerspruch gegen die Datenübermittlung eingelegt werden kann, es jedoch nicht einklagbar ist. Die Ignoranz der Kommission gegenüber den zahlreichen Bedenken stellt sich als Türöffner für den Aufbau eines EU-eigenen Systems im Kampf gegen Terrorismusfinanzierung dar. Die GUE/NGL formulierte eine Resolution, die die Schaffung einer EU Prüfstelle ausschließt und feststeht, dass sie dieses untergeschobene faule Ei bei der Abstimmung im EP ablehnt. ■

## Weltflüchtlingstag 2010: Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni kritisiert Cornelia Ernst die EU-Politik an deren Außengrenzen. 43 Millionen Menschen sind laut Jahresbericht des UN-Flüchtlingswerks UNHCR auf der Flucht, das sind 13 Millionen mehr als noch 2009. „Menschen werden nicht freiwillig zu Flüchtlingen.“, so Cornelia Ernst. Und richtig, wer gibt sein Zuhause eben mal so auf und lässt alles hinter sich? Doch die EU geht offensichtlich davon aus, dass dem so ist und verschärft ihre Flüchtlingsabwehr statt die Betroffenen zu schützen. Dies belegt ganz klar die Politik der vergangenen Monate wie z. B. die Aufstockung der finanziellen wie personellen Mittel zur Flüchtlingsabwehr, die Ausweitung der Zusammenarbeit mit FRONTEX auf andere europäische Staaten, die zunehmende Verlagerung des Flüchtlingsschutzes auf Transitstaaten, in denen Menschenrechte null Beachtung finden sowie engmaschige Überwachungssysteme, die Asylsuchende kriminalisieren. Diese Aufstockung einerseits steht dem Fakt gegenüber, dass immer weniger Flüchtlinge aufgenommen werden und Umsiedlungsprogramme ungenügend umgesetzt werden. Hier sind eine nachhaltige Konfliktlösungs- und aufrechte Friedenspolitik der EU, wirksame Impulse für Wachstum und den überfälligen Ökologie- und Sozialumbau der Wirtschaften in den Quellländern nötig. Nur so können die auslösenden Fluchtursachen behoben werden. ■



Logo der UNO-Flüchtlingshilfe

**Europäisches Parlament**  
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL  
Rue Wiertz, ASP 6F154  
B-1047 Brüssel  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu  
Assistentinnen:  
Manuela Kropp: +32-(0)228-47660  
Adeline Otto: +32-(0)228-37660  
Fax: +32-(0)228-49660  
manuela.kropp@europarl.europa.eu  
adeline.otto@europarl.europa.eu

**Büro Dresden**  
Schweriner Straße 50a  
01067 Dresden  
Tel.: +49 (0)351-42690005  
Fax: +49 (0)351-20690046  
Jan Robert Karas  
Kirstin Hertel  
europa@cornelia-ernst.de

**Büro Leipzig im linXXnet**  
Bornaische Straße 3d  
04277 Leipzig  
Tel.: +49 (0)341-3081199  
Juliane Nagel  
juliane.nagel@linxxnet.de

**Büro Chemnitz im Rothaus**  
Lohstraße 2  
09111 Chemnitz  
bei Anfragen:  
Tel.: +49 (0)351-42690005  
europa@cornelia-ernst.de

**Europakontaktbüro Bautzen**  
Seminarstraße 5  
02625 Bautzen  
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561

# Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT



## Juni 2010

### Menschenhandel in Europa - moderne Sklaverei und Milliardengeschäft

Man sollte meinen, Sklaverei gehöre der Vergangenheit an, doch weit gefehlt. Ein anderes Wort für moderne Sklaverei ist Menschenhandel und gilt nach Drogen- und Waffenhandel als drittgrößte Einnahmequelle des organisierten Verbrechens, das damit Milliarden verdient. Allein in Europa werden jährlich mehrere hunderttausende Menschen verschleppt, verkauft und ausgebeutet.



Milliardenschwere Geschäfte werden mit Menschenhandel gemacht

Dieses Unrecht will die EU nun effektiver bekämpfen. In Brüssel wird derzeit die erste Lesung einer neuen Richtlinie vorbereitet, die die bisherige Definition von Menschenhandel im Europarecht erweitert. So sind im Entwurf z.B. auch Personen, die zum Betteln gezwungen werden, benannt, was meist Minderjährige sind.

Die EU-Kommission definierte in ihrem Entwurf, dass der Begriff Menschenhandel „die Anwerbung, Verbringung oder Aufnahme von Personen durch Nötigung, Täuschung oder Missbrauch von Macht zum Zwecke der Ausbeutung, einschließlich sexueller Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft, zum Zwecke der Zwangsarbeit, der Leibeigenschaft oder anderer Formen der Ausbeutung wie der Organentnahme“ umfasst.

Nun ist die Ausweitung einer Richtlinie das eine. Das andere sind Menschenhändler und deren Kunden, deren Verbrechen mit Hilfe von Richtlinien umfangreicher als Straftatbestand als bisher gesehen werden können. Ob dies die Ursachen von Menschenhandel, Habgier, Skrupellosigkeit und Gewaltbereitschaft beeinflusst, bleibt allerdings anzuzweifeln. ■

### Ticker: Aktuelles aus Brüssel in Kürze

**Beschäftigungspolitik** - Für selbständige Bus- und Fernfahrer müssen gleiche Regeln gelten wie für Angestellte eines Unternehmens, entschieden die Europaabgeordneten mit breiter Mehrheit. Sie lehnten den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission ab, da die Gleichbehandlung aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit sowie zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs nötig ist.

**Gaza** - Das Europaparlament forderte eine internationale und unparteiische Untersuchung des Angriffs auf die humanitäre Flotte, die Öffnung aller Grenzübergänge nach und aus Gaza und ein sofortiges Ende der Blockade von Gaza in einer am 17.06. angenommenen Resolution.

**Übersetzungsrechte** - EU-Bürger haben künftig das Recht auf Übersetzungen während eines Strafprozesses in einem anderen Mitgliedstaat. Das neue Gesetz garantiert den Zugang zu einem Übersetzer während des Polizeiverhörs, der Gerichtsverhandlung und bei Gesprächen mit dem Anwalt.

**Ostseeregion** - Die EU plant ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Ostseeregion. Mit BONUS (Joint Baltic Sea Research and Development programme) will sie so die negativen Folgen von Verschmutzung, Klimawandel, Versäuerung, Überfischung und dem Verlust an biologischer Vielfalt bekämpfen. Daran beteiligen sich alle acht Ostseeanrainer. ■

**Kampf gegen Armut** - Beteiligen Sie sich an der E-Card-Aktion der Vereinten Nationen zur weltweiten Bekämpfung von Armut und Hunger. Schicken Sie unter [www.unitedagainstopoverty.org](http://www.unitedagainstopoverty.org) eine E-Card an Angela Merkel (bzw. den Regierungschef Ihres Landes) und helfen Sie, Druck auf die Regierenden Europas aufzubauen, damit die Millenniumentwicklungsziele (MDGs) bis 2015 erreicht werden und der Kampf gegen Hunger und Armut vehement verfolgt wird.